

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 539

Mittwoch, 24. Juli 2013

20. Jahrgang

### Söhne und Töchter der Erde: Maya-Gemeinden und Land Grabbing in Guatemala- Teil 2

Wie im letzten ¡Fijáte! angekündigt, folgt nun der zweite Teil des Landnahme-Artikels, übersetzt und bearbeitet aus der ersten Broschüre der Reihe „Land und Souveränität in Lateinamerika“ von Food First und dem Transnational Institute. In diesem Teil gehen wir stärker auf die konkreten Auswirkungen auf die betroffenen BäuerInnen ein, die Konflikte, die sich aus dem Land Grabbing ergeben und die Widerstände.

#### Vertragslandwirtschaft

Neben dem Landkauf nutzen die Unternehmen die Vertragslandwirtschaft, um die Kontrolle über Land und Ressourcen zu gewinnen. Ein Beispiel ist das Regierungsprogramm bezüglich der Ölpalme, das 2009 mit dem Ziel initiiert wurde, indigene BäuerInnen als Vertragsfarmer einzubinden und dabei 4.200 Hektar der „unproduktiven“ Ländereien in lukrative Ölpalmenplantagen zu verwandeln. Die BäuerInnen erhalten einen Kredit von 528 US-Dollar pro Hektar von der Regierung, welcher direkt an das Agrarunternehmen weitergeleitet wird – als Zahlung für Saatgut, Transportmittel und landwirtschaftliche Beratung. Die Verträge beinhalten keine Versicherung, was die Produktionsrisiken allein den BäuerInnen überlässt. Auch klären sie nicht, wer die hohen Kosten für die Rehabilitation des üblicherweise nach 25 Jahren Palmölproduktion ausgelaugten Bodens übernimmt. Ölpalmen entnehmen eine grosse Menge von Nährstoffen aus dem Boden und verdichten ihn durch die Beschränktheit ihres horizontalen Wurzelwerks. Das macht es schwierig und kostspielig, das Land später anderweitig zu nutzen.

#### Beschäftigung und Arbeitsbedingungen

Die Ölpalm- und Zuckerrohrplantagen im nördlichen Tiefland Guatemalas schaffen weniger Beschäftigungsplätze, als es in einem kleinbäuerlichen System der Fall ist. Die Ölpalme erfordert beispielsweise 52 Arbeitstage pro Hektar und Jahr, während der Maisanbau 112 Arbeitstage benötigt. Die Arbeit auf den Plantagen ist also zeitlich begrenzt und erfordert eine hohe Flexibilität der ArbeiterInnen.

Und die Arbeit ist sehr anstrengend und belastet die ganze Familie. Viele ArbeiterInnen werden von ihren Kindern unterstützt, damit sie überhaupt das täglich verlangte Pensum schaffen. Daher sind die weiblichen Haushaltsvorstände eher bereit, eigene Nahrungsmittel anzubauen, ihren Haushaltsverpflichtungen nachzukommen und zugleich gegen die Landnahme zu mobilisieren. Tatsächlich bringt eine Q'eqchi'-Frau im nördlichen Tiefland etwa 10-15 % weniger Zeit für ihre eigenen personellen Bedürfnisse (Schlafen, Essen, Waschen) auf als ihre männlichen 'Kollegen', um mit allen ihren Aufgaben fertig zu werden.

Selbst ohne Sozialversicherung und mit einer 35 % geringeren Bezahlung, würden die meisten Landarbeiter in der Region lieber für andere BäuerInnen arbeiten als für das Agrobusiness. Auf Farmen wird das Mittagessen in der Regel gestellt, die VorarbeiterInnen triezen keine ArbeiterInnen und der Arbeitstag ist kürzer – bis zur Hälfte im Vergleich zu Plantagenarbeit. Durch diese kürzeren Arbeitstage

### Inhaltsverzeichnis

<b>Söhne und Töchter der Erde: Maya-Gemeinden und Land Grabbing in Guatemala II.....</b>	<b>1</b>
<b>Von Bergbaumoratorien und sozialen Konflikten.....</b>	<b>3</b>
<b>Eine weitere Eilaktion: Für die vertriebene Gemeinde Nueva Esperanza.....</b>	<b>5</b>
<b>Kommunale Kommissionen gegen Gewalt.....</b>	<b>6</b>
<b>Schlechte Noten für die ersten 18 Monate der Regierung.....</b>	<b>6</b>
<b>Feminizidrate steigt weiter an.....</b>	<b>7</b>

haben sie noch Zeit anderweitig Geld zu verdienen und trotzdem in der Gemeinde zu helfen und natürlich ihre eigenen Nahrungsmittel anzubauen (egal ob auf eigenem, geliehenen oder gepachteten Land). So ist es nicht überraschend, dass 2010 bei den männlichen Haushaltsvorständen, die nicht auf Plantagen arbeiteten, die durchschnittlichen Getreide-Erträge um 8 % höher und die Ausgabe für Nahrungsmittel um 21 % geringer waren, als bei den Plantagenarbeitern. Zugleich schaffen KleinbäuerInnen bis zu zehnmal mehr „lokale Wertschöpfung“ als Zuckerrohr- und Ölpalmenplantagen, da die dort geschöpften Werte eben in der Region bleiben, während die Unternehmen die Profite, die sie aus Land, Arbeit und Ressourcen erzielen, in die Ferne tragen, nämlich zu den nationalen Oligarchien und internationalen Finanzkonzernen.

### Veränderungen der Landnutzung

So hat die Expansion der Plantagen im nördlichen Tiefland dramatische direkte und indirekte Veränderungen bei der Landnutzung verursacht. Diese betreffen insbesondere die Nahrungsmittelsicherheit, die Lebensbedingungen und die ökologische Balance. Die Ländereien, die nun für Plantagen genutzt werden, dienten früher einer stabilen Subsistenzversorgung der KleinbäuerInnen. Während die Region einen Nahrungsmittelüberschuss produziert, geht paradoxerweise die Nahrungsmittelsicherheit zurück, ein Trend, der durch lokale SpekulantInnen und HändlerInnen, die lokales Getreide aufkaufen und horten, verschlimmert wird. Zugleich hat die Förderung des individuellen Landeigentums und der intensiven Landwirtschaft die landwirtschaftlich nachhaltige Brandrodungswirtschaft verändert. Die zunehmende Kommerzialisierung von Land, festzumachen an der Zugangsmöglichkeit von nicht-lokalen KäuferInnen, wurde begleitet durch eine Kommerzialisierung der traditionellen sozialen Beziehungen. So war die Arbeit von Nicht-Familienmitgliedern traditioneller Weise über die Form der Reziprozität geregelt, nun geschieht dies über Geld. All diese Faktoren vertiefen die Marktabhängigkeit und fördern eine Landnutzung, die nicht nachhaltig ist.

Die Expansion der Zuckerrohr- und Palmölunternehmen lösen auch indirekte Veränderungen der Landnutzung aus. So versuchen RinderzüchterInnen, die ihr Land an das Agrobusiness verpachtet oder verkauft haben, nun ihrerseits den KleinbäuerInnen Land abzunehmen. Aber auch Wälder jenseits der legalen Grenze für landwirtschaftliche Nutzung werden genutzt. So heuern diese ZüchterInnen häufig Q'eqchi' und andere ArbeiterInnen an, um Wald zu roden und sich innerhalb des Maya-Biosphärenreservats im Department Petén Land zu nehmen. Viele Enteignete und Vertriebene sind gemeinsam mit den RinderzüchterInnen bereit, in diese und andere geschützte Gebiete der Region einzudringen, um sich ein Stück Land für ihre Subsistenz zu suchen.

Diese Entwicklungen haben die nationalen Eliten, VertreterInnen der unteren Oberschicht und manche internationale Umweltorganisation dazu gebracht, die „Q'eqchi' als Umweltzerstörer“ zu brandmarken. Mittlerweile haben die PlantagenbesitzerInnen in Guatemala durch den Mechanismus für umweltgerechte Entwicklung und Treibhausgassenkung des Kyoto-Protokolls Zahlungen in Millionenhöhe für „Umweltdienstleistungen“ erhalten und „grüne“ Zertifikate im Rahmen des Runden Tisch für Nachhaltiges Palmöl (RSPO) und die Initiative für besseren Zuckerrohr erhalten.

### Konflikte ...

Die Kämpfe gegen die Enteignung, für eine Wiedererlangung des Landes und für den Zugang zu neuem Land haben im Norden Guatemalas zugenommen. Vor allem Q'eqchi'-Frauen haben ihre Stimme gegen die Konzerne erhoben, Q'eqchi'-Jugendliche und Ältere, Männer wie Frauen, aus verschiedenen Sektoren organisieren soziale Bewegungen, um das dominierende Modell der Plantagenwirtschaft herauszufordern. Diese Kämpfe treffen dort zusammen, wo die Notwendigkeit vorhanden ist, agro-ökologische Modelle zu stärken, die von einer Nahrungsmittelproduktion mit wenig externem Input getragen und von Familien bzw. Gemeinden kontrolliert wird. Angesichts des geringen politischen Willens des Staates, diesen Ansatz zu unterstützen, breiten sich Netzwerke von „campesino a campesino“ aus, um ihr Wissen teilen. Sie erhalten Hilfe von anderen sozialen Bewegungen, NROs, der Sozialpastoral der Katholischen Kirche und einigen Intellektuellen und lokalen politischen Kräften. Zwei regionale, selbst-organisierte „BäuerInnenmärkte“ (auf denen VerkäuferInnen, die nicht BäuerInnen sind, nicht erlaubt sind) finden zweimal pro Woche in Chisec und Raxruhá statt. Märkte für kleinbäuerliche Produkte zu sichern wird als fundamental angesehen, um bäuerliches Land vor Enteignung zu schützen. Diese Aktivitäten wurzeln in verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven, die sich je nach Alter oder Geschlecht unterscheiden können. Q'eqchi'-Jungen lassen sich oft von den Verheissungen des schnellen Geldes und des Konsums antreiben, den die Agrounternehmen als einen Weg offerieren, der „Rückständigkeit“ ihrer Eltern zu entkommen.

Dennoch widerstehen viele junge Leute dem Entwicklungsmodell der Rohstoffausbeutung und mobilisieren sich für eine Zukunft als autonome BäuerInnen oder ArbeiterInnen, die harmonischer in ihrer Umwelt leben. Sowohl alte wie junge Q'eqchi'-Frauen stellen die aktivste Gruppe dar, um ihre Ehemänner oder Väter oder ihre Gemeinde davon abzubringen, Land an die Agrokonzerne oder Rancher zu verkaufen. In einigen Fällen haben einzelne Frauen die Landtitel ihrer Ehemänner versteckt, um sie am Verkauf des Landes zu hindern. Normalerweise aber handeln Frauen als ein kollektives Subjekt. Sie nehmen an Aktionen teil, um die geschlechtlichen Hierarchien in den Institutionen der Gemeindepolitik zu verändern, dort wo sie oft am klarsten und lautesten ihre Stimme gegen die UnternehmensvertreterInnen im

Konkreten und die Extraktionswirtschaft im Allgemeinen erheben. Angesichts der Expansion des Agrarbusiness ist es für Gemeinden immer schwieriger geworden, ihr „Subsistenzminimum“ zu erreichen, eine Kategorie übrigens, die je nach Alter oder Geschlecht unterschiedlich definiert wird. So tendieren Q’eqchi’-Frauen dazu, Wohnverhältnisse, kulturell angemessene Bildung und Land in ihre Definition einzuschliessen, während Q’eqchi’-Jugendliche darunter auch städtische Konsumwünsche verstehen. Insgesamt aber werden der Spielraum und die Kapazitäten immer kleiner, um die minimalen Bedingungen für Überleben und Subsistenz auszuhandeln. So sagte ein Q’eqchi’: „Früher töteten uns die Reichen mit Gewehren; heute erlauben sie uns, vor Hunger zu sterben.“

#### ... und Widerstand

Viele Q’eqchi’- (ebenso wie nicht-indigene-) BäuerInnengemeinden widerstehen den legalen Enteignungsmechanismen, indem sie das staatlich verordnete, individuelle Landeigentum dadurch umgehen, dass die Gemeinden keine Landverkäufe an Rancher oder Unternehmensbeauftragte erlauben. In einigen Fällen haben Gemeinderegierungen versucht, den Prozess der legalisierten Enteignung zu regulieren, indem sie Gemeindemitglieder daran hinderten, Land an jemanden zu leihen oder leasen, der bereits Land entgegen der Normen und Interessen der Gemeinde verkauft hatte. Auch werde niemand als Käufer akzeptiert, von dem bekannt ist, dass er oder sie freiwillig sein/ihr Land verkauft hatte, bevor er Mitglied der neuen Gemeinde wurde, oder aber es wurde jemand aus der Kommune ausgeschlossen, der die Gemeindeentscheidung gegen Landverkäufe missachtete. All diese Versuche basieren auf der kollektiven Identität der Q’eqchi’ als R’al Ch’och oder „Söhne und Töchter der Erde“, die von und zum Erhalt der Mutter Erde leben. Obwohl diese Kämpfe ausschliesslich auf gewaltfreien Strategien beruhen (Gerichtsverfahren, friedliche Demonstrationen und Landbesetzungen), werden diese in der Regel kriminalisiert und gewaltsam unterdrückt. Widerborstige Q’eqchi’s werden als Agitatoren wider der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gebrandmarkt und unter dem Vorwand, der Erhaltung des Rechtsstaates abgeurteilt. Grassroots-Organisationen in der Region widerstehen dieser Entwicklung durch ein gemeinsames Engagement mit militanten ländlichen sozialen Bewegungen und Verbündeten.

(Quelle: [http://www.foodfirst.org/sites/www.foodfirst.org/files/pdf/Land-Sov\\_Series\\_Briefs\\_-\\_Ndeg1\\_Alonso-Fradejas\\_Final.pdf](http://www.foodfirst.org/sites/www.foodfirst.org/files/pdf/Land-Sov_Series_Briefs_-_Ndeg1_Alonso-Fradejas_Final.pdf))

## Von Bergbaumoratorien und sozialen Konflikten

**Guatemala, 19. Juli,** Die Regierung beschloss – nachdem sie im letzten Jahr vermehrt Bergabbaukonzessionen vergeben hat – die Vergabe neuer Konzessionen zur Erforschung und zum Abbau metallischer Minerale vorerst auf Eis zu legen. Das Moratorium, welches für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgeschrieben ist, verfolgt angeblich das Ziel, die sozialen Konflikte im Land abzuschwächen. Gemäss der Vizeministerin der Abteilung für *Nachhaltige Entwicklung des Energie- und Bergbauministeriums*, Ivanova Ancheta, „wollen wir keine sozialen Konflikte. Wir wollen den Dialog mit den verschiedenen Sektoren suchen und somit eine nachhaltige und umsetzbare Form der wirtschaftlichen Entwicklung aufbauen.“ Bekannt wurde diese „Sensation“ durch das TV-Programm „Auge in Auge mit dem Präsidenten“ (De Frente con el Presidente), in dem Pérez Molina seine Absichten bezüglich des Moratoriums erläuterte. Laut Ancheta muss nun eine Debatte im Kongress erfolgen, die das zukünftige Gesetz zum Thema macht und die Vorschläge der diversen Sektoren berücksichtigt.

#### Kritiken von Seiten der Wirtschaft

Allerdings stösst die anscheinend gut gemeinte Absicht des Präsidenten auf Argwohn. So sei die Massnahme doch sehr widersprüchlich zu dem, was Pérez Molina in den letzten Wochen öffentlich bekannt gab, nämlich die Idee, Guatemala in ein Investitionsparadies zu verwandeln. Mario Marroquín, Präsident des *Gremiums der Extraktionsindustrie* gab an, dass hier „eine gegensätzliche Nachricht verkündet wird. Denn nur vor wenigen Tagen fand der „Investitions-Gipfel 2013“ (Investment Summit 2013) statt. Und dort wurde Guatemala als grosses Potential für Investitionen in verschiedensten Sektoren gepriesen, den Bergabbaubereich mit eingeschlossen. Und nun spricht der Präsident von einem Ende der Lizenzvergabe – was sollen denn die Investoren da über unser Land denken?“

Auch Andrés Castillo, Präsident der *Industriekammer Guatemalas* (CIG), ist verwundert und wertet diese Entscheidung als „den Investitionen wenig freundlich gestimmt. All jene Investoren, die die Gesetze befolgen, müssen unterstützt werden, egal welcher Sektor. Und die, die gegen die Gesetze verstossen, die muss man zur Ordnung rufen. Aber man kann doch keine Massnahme treffen, die die Anstrengungen der Investitionsförderung zunichte macht.“

#### Kritiken durch die Zivilgesellschaft

Edgar Gutiérrez, Koordinator des *Instituts für nationale Probleme der Universität San Carlos*, sieht das Moratorium „als weniger problematisch – unter der Bedingung, dass nun die sozialen Gruppen sich zusammentun und substantielle Änderungen am Bergbaugesetz vorschlagen.“

Für Yuri Mellini, Direktor des *Zentrums für rechtliche Umwelt- und Sozialaktion* (CALAS), kommt dieser Vorschlag zu spät. „Warum geschah das nicht letztes Jahr, als die Lizenzen vergeben und die Reformen diskutiert wurden?“, kritisiert Mellini.

Die *Vereinigung der Völker von Huehuetenango* (ADH) sieht in diesem Schritt der Regierung keine grosse Neuerung im Vergleich mit der vorangegangenen Colom-Regierung. Vielmehr entspräche er ganz der typischen Art der Regierung, Entscheidungen zu treffen, denn das Vorgängermoratorium wurde ebenso so hastig und unüberlegt aufgehoben. Dies geschah noch während zwei Verfassungsklagen gegen das aktuelle Bergabbaugesetz liefen. Obwohl sie bereits vor längerer Zeit eine Verfassungsklage gegen das Bergabbaugesetz angestrengt hatten, hat die Exekutive das Moratorium des Vorgängers Colom wieder zurückgenommen. Die Folge war, dass massiv Bergabbaulizenzen vergeben wurden – in Indigenen-Territorien und ohne zu informieren oder zu fragen. Wenn nun wirklich eine Reform oder ein neues Gesetz verabschiedet wird, bedeutet das, dass das erneute Moratorium verfällt, unterstreicht die ADH. Laut AHD sei diese Initiative „eine perfekte Show“, die den Widerstand zum Schweigen bringen und die Konflikte beenden will, indem ein Bergabbaumodell dem Land aufgezwungen wird. „Wir Völker“, so die ADH weiter, „haben in unseren Gemeindeabstimmungen nicht um ein Moratorium gebeten, sondern um den Respekt unserer Entscheidung, dieses Todesmodell, was sich unter der Bergbauaktivität versteckt, komplett abzulehnen. Denn die Völker suchen die Konstruktion eines Lebensmodells, was anders ist, nachhaltig und in Harmonie mit der Mutter Natur.“

### Konfliktgebiete

Im Allgemeinen und speziell im Bergabbausektor muss nach konfliktreichen Gebieten auch nicht lange gesucht werden:

Da wären **La Puya in San José del Golfo und San Pedro Ayampuc**, Department Guatemala, wo die Gemeinden seit eineinhalb Jahren friedlich gegen die Bergmine Progreso VII Derivada, Eigentum der US-amerikanischen Firma Kappes, Cassidy & Associates (KCA), protestieren. Am 9. Juli 2013 wurde der Aktivist Santos Fidel Ajau Suret von Unbekannten von einem Motorrad aus erschossen. Am Sonntag zuvor hatte er Drohungen von Personen erhalten, die zuvor bei einer von der Minenfirma organisierten Kundgebung gesehen worden seien, so ein Sprecher von Madre Selva. Am selben Abend wurde das Haus der bereits im letzten Jahr bei einem Anschlag verletzten Aktivistin Yolanda Oueli erschossen. Oueli mutmasst, dass die gewaltsamen Übergriffe mit einem Prozess zusammenhängen könnten, der seit Ende der vorhergehenden Woche gegen zwei Mitarbeiter des Minenprojektes geführt werde. Ihnen wird vorgeworfen, JournalistInnen des *Zentrums für unabhängige Medien*, die die Konflikte begleiten, angegriffen zu haben. Rodrigo Maegli, Sprecher der Firma *Exploraciones Mineras de Guatemala* (Exmingua), gab zwar gegenüber der Zeitung zu, dass die beiden Mitarbeiter manchmal aus der Haut fahren würden, aber das habe nichts mit dem jetzigen Mord an zu tun.

Verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen und ADA in Österreich haben zu einer Eilaktion über diesen Fall aufgerufen. Bisher gibt es sie nur in Französisch und auf <https://www.frontlinedefenders.org/node/23263/action> in Englisch.

Bekannt ist auch der Konflikt um die **Mine Marlin in San Miguel Ixtahuacán**, Departement San Marcos, der schon seit 2005 andauert und internationale Aufmerksamkeit erlangte.

Seit einiger Zeit macht ebenso **San Rafael de las Flores** im Department Santa Rosa Schlagzeilen - vor allem aufgrund von Gewaltausschreitungen

Nicht zu vergessen der Konflikt um die **Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez** die nun trotz des Widerstands und dem Einspruch von 12 Gemeinden letztendlich eröffnet wurde. Die Folge der Proteste in San Juan Sacatepéquez ist eine Militarisierung des Gebiets. In der Nacht vom 18. zum 19. Juli besetzte das Militär verschiedene Punkte des Stadtkreises, ebenso wie Zugänge zur Stadt. Mindestens fünf Militärkontrollpunkte, unterstützt durch Polizei, begaben sich in der Nacht auf ihre Posten. Am 19. Juli demonstrierten die *12 Gemeinden im Widerstand* gegen die Einweihung der Zementfabrik. Trotz rechtmässiger Proteste, des Übereinkommens 169 der ILO und der Volksabstimmung vom Mai 2007, die mit 8934 Nein- und 4 Ja-Stimmen gegen das Projekt von Cementos Progreso stimmte, wurde die Zementanlage letztendlich durch die Firma und den Staat durchgesetzt. In diesem Rahmen ist auch die Demonstration vom 5. Juli zu erwähnen, an der mehr als 12'000 Personen gegen die Inbetriebnahme der Zementanlage protestierten.

Nicht nur, dass die Proteste der direkt betroffenen Gemeinden und der solidarischen Menschen ignoriert wurden, vielmehr wurden sie kriminalisiert. Mariano Camey Car, Mitglied des Stadtrats von San Juan Sacatepéquez und bekannter Vertreter der Verteidigung der Kachikel-Territorien sowie der Resistenz gegen die Zementanlage, wurde am 13. Juli in der Hauptstadt von der PNC verhaftet. Unverzüglich versuchte die Familie, etwas über die Gründe der Verhaftung herauszubekommen. Als die Gemeindeführer Lorenzo Car Hernández und Margarito Camey Zet sich darum kümmern wollten, wurden auch sie verhaftet. So wie Camey haben auch die beiden Aktivisten seit langem ihre kritische Position gezeigt und ihren unbedingten Willen, ihr Land gegen Megaprojekte wie die der Zementproduktion zu verteidigen.

An Verhaftungen und Kriminalisierung der Proteste, Gewaltanwendung und Spaltung der Gemeinden und Familien – um nur einige Taktiken zu nennen - wurde und wird in keinem der Fälle gespart. Und dabei sind das nur die bekanntes-

ten. Ob das Moratorium des Präsidenten daran etwas ändern wird? (CEG, Pressemitteilung CUC, Zentrum für unabhängige Medien, Prensa Libre, La Hora)

## Eine weitere Eilaktion: Für die vertriebene Gemeinde Nueva Esperanza

*Die folgende Eilaktion erhielten wir von dem in Österreich koordinierten Begleitnetzwerk ADA. Auch wenn manche von Euch diese Email womöglich schon erhalten haben, möchten wir doch darauf hinweisen und zur Unterstützung anregen.*

Liebe Guatemala FreundInnen, bereits im letzten Jahr haben wir mehrmals Eilaktionen zur Situation der mehrfach vertriebenen Gemeinde [Nueva Esperanza, die Red.] weitergeleitet. Inzwischen ist die Gemeinde wieder nach Guatemala zurückgekehrt, lebt jedoch unter ähnlich prekären Bedingungen weiter trotz gegenteiliger Vereinbarungen mit der Regierung. Deshalb möchten wir euch/Sie bitten, Briefe an den jeweiligen guatemaltekischen Botschafter zu richten, um die Regierung zur sofortigen Erfüllung der Vereinbarungen aufzufordern.

### Zur Vorgeschichte:

Im August 2011 waren etwa 300 EinwohnerInnen der Gemeinde Nueva Esperanza in der Sierra del Lacandón nach ihrer gewaltsamen Vertreibung über die Grenze nach Nuevo Progreso in Mexiko geflüchtet. Am 9. Januar 2012 wurden diese Familien in Mexiko erneut vertrieben. Amnesty International kritisierte dabei u.a., dass Kinder dabei von ihren Eltern getrennt wurden. Anderthalb Jahre lebten die Familien in einem prekären Lager an der Grenzlinie und unter kritischen Bedingungen. Im Februar 2013 kehrte die Gemeinde nach einer Übereinkunft mit der guatemaltekischen Regierung nach Guatemala zurück und gründete sich neu als Gemeinde „Triunfo de la Esperanza“. Eine Beobachtungsmission von mexikanischen NROs äußerte sich im Juni 2013 jedoch besorgt über die Situation der 62 Familien, die weiterhin unter äusserst prekären Umständen leben.

*Die mexikanische Organisation Indignación hat auf <http://indignacion.org.mx/2013/03/05/nueva-esperanza-retorno-a-guatemala-continua-en-condiciones-criticas/> weitere Informationen zusammengetragen und eine spanische Briefvorlage erstellt, die im folgenden auf Deutsch wieder gegeben ist. Sie soll an die guatemaltekischen Botschafter in Österreich, Deutschland und/oder der Schweiz gesandt werden und in cc. an [infomrativo@indignacion.org.mx](mailto:infomrativo@indignacion.org.mx).*

**Österreich:** Dr. Antonio Roberto Castellanos López, [embajada@embaguante.co.at](mailto:embajada@embaguante.co.at)

**Deutschland:** Lic. Carlos Humberto Jiménez Licona, [embalemania@minex.gob.gt](mailto:embalemania@minex.gob.gt)

**Schweiz:** Botschaft in Frankreich: Licda. Olga Julissa Anzueto Aguilar, [embfrancia@minex.gob.gt](mailto:embfrancia@minex.gob.gt) (Brief auf Spanisch abschicken, mit Kopie an das guatemaltekische Konsulat in der Schweiz: [dupontwillemin@dupontwillemin.ch](mailto:dupontwillemin@dupontwillemin.ch))

Sehr geehrter Herr/Frau BotschafterIn \_\_\_\_\_ (Land)

Ich schreibe Ihnen, um meine grosse Besorgnis über die Bedingungen auszudrücken, unter denen zurzeit die Familien der Gemeinde „El triunfo de la Esperanza“ leben. Seit dem 28. Februar diesen Jahres leben die Familien im Bezirk Flores, Departement El Petén. Zuvor wurden sie mehrfach und gewaltsam aus ihrem Territorium in der Sierra del Lacandón vertrieben und waren gezwungen, eineinhalb Jahre lang am Grenzstreifen zwischen Mexiko und Guatemala zu zubringen. Auch dort litten sie unter Vertreibung, Unsicherheit und Belästigungen sowie schwierigen Lebensbedingungen.

Mit viel Hoffnung vernahm die internationale Gemeinschaft am 28. Februar die Nachricht von der Rückkehr der Gemeinde nach Guatemala aufgrund einer Übereinkunft mit der Regierung. Eine zivile Mission, zusammengesetzt aus verschiedenen mexikanischen Organisationen, beobachtete die Rückkehr und zeigte sich am Ende besorgt über die schwierigen und prekären Lebensbedingungen, mit denen die Familien, die überdies einen hohen Kinderanteil aufweisen, nach dem Zurückkommen konfrontiert waren.

Ich habe vom Besuch der Kommission der zivilen Mission des vergangenen 20. Juni erfahren. Die Kommission konstatierte, dass die prekären Lebensbedingungen fortbestehen - genau genommen leben 62 Familien weiterhin unter Bedingungen wie in einem vorübergehenden Lager, was die Gesundheit und das Leben der Familien, insbesondere der Kinder, gefährdet. Die Kommission stellt ebenfalls fest, dass die Regierung ihre gegenüber der Gemeinschaft eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Kommission hatte Zugang zu Dokumenten, welche die Gemeinschaft selbst an verschiedene Regierungsinstanzen gerichtet hatte, um einerseits die Nichteinhaltung der Vereinbarungen ausführlich zu schildern und andererseits die Beachtung ihrer Rechte einzufordern.

Ich bin zutiefst über die Nichterfüllung der Vereinbarungen seitens der Regierung besorgt, da diese die physische Integrität und das Leben Mitglieder der Gemeinde gefährdet und eine neue Beeinträchtigung der Grundbedürfnisse mittelloser Familien darstellt; dies ist eine Konsequenz der Aggressionen und der gewaltsamen Vertreibung durch die guatemaltekische Regierung selbst und, zu gegebener Zeit, auch durch die mexikanische Regierung.

Der Artikel 55 der UN-Grundsätze und Prinzipien zur Räumung und Umsiedlung hält diesbezüglich fest: „Die festgelegten Umsiedlungsorte müssen gemäss den internationalen Menschenrechtsnormen die Kriterien für einen angemessenen Wohnraum erfüllen. Zu diesen gehören: a) Kündigungsschutz b) Dienstleistungen, Materialien, Installationen und Infrastruktur wie Trinkwasser, Strom zum Kochen sowie für Heizung und Beleuchtung, sanitäre Anlagen, Einrichtungen zur Lagerung von Lebensmitteln, zur Abfall- und Abwasserentsorgung sowie zu Notfalldiensten, und, wo angemessen, Zugang zu natürlichen und gemeinsamen Ressourcen c) erschwinglicher Wohnraum d) bewohnbare Umgebung, die den BewohnerInnen Folgendes bereitstellt: angemessener Wohnraum, Schutz vor Kälte, Nässe, Hitze, Regen, Wind und anderen gesundheitlichen Bedrohungen, strukturbedingten Gefahren und übertragbaren Krankheiten; Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit der BewohnerInnen e) Zugang für benachteiligte Gruppen f) Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, Gesundheitsfürsorgediensten, Schulen, Kinderbetreuungscentren und anderen sozialen Einrichtungen g) kulturell angemessenes Wohnen. Um die häusliche Sicherheit zu garantieren, sollte angemessenes Wohnen ebenfalls die folgenden wesentlichen Elemente enthalten: Privatsphäre und Sicherheit, Beteiligung an Entscheidungsverfahren, Schutz vor Gewalt und Zugang zu wirksamen Rechtsmittel bei erlittenen Gewaltanwendungen.“

Mit diesem Schreiben appelliere ich dringend an die guatemalteckische Regierung, die mit der Gemeinschaft eingegangenen Vereinbarungen genau und sofort zu erfüllen und den BewohnerInnen von „El triunfo de la Esperanza“ Lebensbedingungen zu garantieren, die es ihnen erlauben, sich in Würde niederzulassen und ihnen das Recht auf Gesundheit, Wohnung und Leben ab sofort gewährleistet.

Ich bitte Sie um schnellstmögliche Kenntnisnahme. Mit freundlichen Grüßen, N.N.

### Kommunale Kommissionen gegen Gewalt

**Villa Nueva/San Miguel Petapa, 13. Juli** - Angesichts der weiterhin hohen Zahlen an Gewaltdelikten, etwa in den Stadtgebierten Villa Nueva und San Miguel Petapa, hat das Vizeministerium für Gewaltprävention im Innenministerium hundert Nachbarschaftsgruppen eingerichtet, die zu einer Reduktion der Straftaten und der Förderung einer Kultur des Anzeigens von Verbrechen beitragen sollen. Der Innenminister, Mauricio López Bonilla, vereidigte 65 RepräsentantInnen der Kommissionen für Gewaltprävention in Villa Nueva sowie 35 RepräsentantInnen in San Miguel Petapa.

An der Zeremonie nahm auch Präsident Otto Pérez Molina teil, der klar stellte, dass diese Kommissionen keine „Sicherheitsdienste“ seien, wie es sie illegalerweise in einigen Orten gibt. Die Kommissionsmitglieder seien in der Prävention tätig und nicht in der Bekämpfung von Straftaten. „Wir fordern von den BewohnerInnen nicht, dass sie nachts ihre Runden drehen oder sich bewaffnen oder sich prügeln. Vielmehr sollen sie Kindern und Jugendlichen Orientierung für ein friedliches Zusammenleben geben – sowohl in ihrem Elternhaus, in ihrem Viertel, in ihrer Gemeinde, in ihrem Stadtgebiet.“

Zu dem Programm gehört auch der Bau von Sportplätzen, die Fortbildung von Jugendlichen in Musik, Malerei und Sport. Es soll schliesslich auch auf andere Städte ausgeweitet werden.

Cynthia Fernández, Analystin der *Vereinigung für Sozialforschung* (Asies) findet, dass diese Kommissionen ein wichtiger Eckpunkt für die Sicherheitspolitik dieser Regierung sein könnte. Zugleich sei anzumerken, dass diese Anstrengungen auch in anderen Orten unternommen werden müssen, solche, die nachweislich ebenso konfliktreich sind, etwa in der Hauptstadt, aber auch im Landesinneren. Zudem müsse beachtet werden, dass diese Programme gegen allgemeine Straftaten gerichtet sind, sagte Fernández.

Aus der Sicht der ¡Fijáte!-Redaktion stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die Mitglieder der Kommission tatsächlich selbst in ziviler Konfliktbearbeitung und Massnahmen zur Gewaltprävention ausgebildet sind. Nur sofern solches gewährleistet ist, haben die Programme eine Chance, erfolgreich zu sein. Fatal wäre es, durch Vernachlässigung dieses Aspektes und den dann zu erwarteten mangelnden Erfolgen wiederum zur Rechtfertigung einer Politik der harten Hand (und der Gewalt) beizutragen – nach dem Motto 'Prävention hilft nicht, also noch mehr Militarisierung'.

### Schlechte Noten für die ersten 18 Monate der Regierung

**Guatemala-Stadt, 12. Juli** – Das Programm zur öffentlichen Meinung des politikwissenschaftlichen Instituts der *Universität Rafael Landívar* (URL) präsentierte einen Bericht über das Erste Jahr der Regierung von Pérez Molina. Darin werden Erfolge wie Rückschritte anhand von drei Bereichen aufgezeigt: Sicherheit, Ernährung, Steuern.

Dabei sieht Renzo Rosal, Direktor des Instituts, insgesamt kaum positive Fortschritte, da die Regierungspropaganda letztlich eine Fortsetzung einer Klientelpolitik widerspiegelt. Positiv beurteilt Rosal bezüglich des „Pakts für Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden“ die Effektivität der Institutionen, die sich mit den fünf wichtigsten Aufgaben befassen: Mor-

de, Entführungen, Erpressungen, Femizid, Raubüberfälle. Insgesamt positiv wenn auch noch in zu geringem Ausmass, sei auch eine bessere Koordination innerhalb des Justizapparates, der Staatsanwaltschaft (MP) und dem *Nationalen Instituts für Forensische Studien* (Inacif) vorhanden. Gleichwohl haben diese institutionellen Verbesserungen noch nicht zu einem Rückgang der gegen das Leben gerichteten Delikte geführt.

Auch das *Institut für Nationale Probleme der Universität San Carlos* (USAC) hat Bilanz gezogen. Cristhians Castillo, Sozialwissenschaftler des Instituts, stimmt mit Rosal darin überein, dass der Pakt die notwendigen Fragen genauso in Angriff nehme, wie es von einem Militär erwartet werden kann: die konkretesten Ergebnisse gebe es hier. Aber sie seien eben sehr bescheiden und haben nicht die Wahrnehmung der alltäglichen Gewalt verändert. Auch in Bezug auf die Armutsbekämpfung (Pakt Null Hunger, der das Ziel hat, die chronische Unterernährung von Kindern bis Ende 2015 in 166 Munizipien um 10 Prozent zu senken) seien auf institutioneller Ebene Fortschritte zu erkennen, etwa durch die Einrichtung des Ministerium für soziale Entwicklung oder der Versuch, die diesbezügliche Arbeit in neun Ministerien und fünf Sekretariaten zu koordinieren. Insgesamt aber seien die praktischen Fortschritte quasi Null. Der Präsident versuche mit wenig gezielten Hilfsaktionen die Unterernährung zu bekämpfen.

Laut Rosal, hat die Steuerpolitik von 2012 nur den grossen Unternehmen genützt, die SteuerzahlerInnen mit kleinem und mittleren Einkommen jedoch belastet. Castillo verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Steuerreform wenig diskutiert worden sei und viele technische Fehler aufweise, die dem Ziel von höheren Steuereinnahmen widersprechen. Auch hier gebe es also mehr Rück- als Fortschritte.

### Feminizidrate steigt weiter an

**Guatemala, 17. Jul.** Im ersten Halbjahr 2013 wurden in Guatemala 412 gewaltsame Tode von Frauen statistisch erfasst. Das entspricht einer Erhöhung von 25 % im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012. Eine Analyse der *Guatemaltekischen Frauengruppe* (GGM), die sich auf Zahlen des *Nationalen Instituts Forensischer Wissenschaft* stützt, gab an, dass es 2013 somit 102 Morde mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres gegeben hat.

Dabei war der Monat Juni der am wenigsten gewalttätige mit „nur“ 58 Verbrechen. Im Monat zuvor wurden 67 Feminizide registriert. Im Januar waren es sogar 80 Frauen, die ihr Leben deshalb liessen, weil sie Frauen waren. Die meisten der verstorbenen Frauen waren zwischen 16 und 30 Jahre alt (176 Opfer), gefolgt von den 31 bis 45-jährigen (115 Opfer). Die GGM geht davon aus, dass diese Tendenz weiter anhält.

Gemäss den Vereinten Nationen stellt Guatemala, zusammen mit El Salvador, das Land mit der grössten Anzahl an Morden an Frauen in Lateinamerika dar. In den letzten 10 Jahren wurden fast 6000 Feminizide verzeichnet. (Prensa Latina)

#### ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

#### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF